

## Quer-sichten am 1.2.2011

### Fremd Daheim

*Susanne Scholl*

Es gibt viele kluge und freundliche Menschen in diesem Land. Zum Beispiel in Innsbruck. Dort hat die Stadtregierung jetzt festgestellt, dass Asylwerber arbeiten dürfen sollten. Weil die Arbeitserlaubnis viele Probleme lösen dürfte. Die Feststellung geht über – fast – alle Parteigrenzen hinaus. In Wien allerdings sieht man das nicht gerne. Das würde zu Asylmissbrauch führen, wenn Asylwerber mehr tun dürften, als sich als Saisoniers oder Erntehelfer zu verdingen. Prostitution ist Asylwerbern auch erlaubt, aber das sagt natürlich kein Politiker laut.

Es gibt in diesem Land auch viele nicht ganz so kluge und sehr unfreundliche Menschen.

Zum Beispiel jene Beamten, die Linda abschieben liessen. Linda ist ein erfundener Name für eine real existierende junge Frau, die schreckliches durchgemacht hat. Sie wurde von Menschenhändlern aus Nigeria nach Österreich verschleppt und hier zur Prostitution gezwungen. Nach Jahren unvorstellbarer Qualen gelang es ihr auszusteigen. Und es gelang ihr auch ihren ganzen Mut zusammenzunehmen und zur Polizei zu gehen. Wo sie ihre Peiniger anzeigte. Der österreichische Staat dankte ihr diesen Mut, in dem er sie in eines jener berüchtigten Abschiebeflugzeuge setzte. Und sie in Lagos einfach ihrem Schicksal überließ. Das nur ein schreckliches sein kann. Linda hatte gerade begonnen, aufzuarbeiten, was ihr angetan worden war. Sie hatte gerade begonnen, wieder Hoffnung zu fühlen. Hoffnung auf ein Leben ohne Folter. In Österreich. In diesem Österreich, dessen Verantwortliche nicht müde werden Sonntagsreden zum Thema Menschenhandel zu halten und immer wieder laut zu beklagen, wie schwer es sei, die Verbrecher dingfest zu machen, weil die Opfer Angst davor hätten auszusagen. Linda hat ihre Angst überwunden, Linda wollte aussagen. Und wurde – während die österreichische Bürokratie noch überlegte, ob man sie wohl schützen sollte oder nicht – einfach dorthin zurück geschickt, wo die, die sie verschleppt hatten sicher schon auf sie warteten. Und sicher schon wussten, dass sie sich gegen sie gewandt hatte.

Und Linda ist leider kein Einzelfall.

Kurz vor Weihnachten war ich zu Besuch bei Ute Bock.

Neben der Eingangstüre zu jenem Haus im zweiten Bezirk, in dem Ute Bock ihr Büro hat und in dem einige ihrer Schützlinge leben sind sechs Gedenksteine in die Mauer eingelassen. Sie erinnern an Menschen, die aus diesem Haus nach Treblinka oder Minsk deportiert und dort ermordet wurden. Ein seltsames Zusammentreffen.

Bei Ute Bock traf ich zwei aufgeweckte kleine Buben mit strahlenden Augen, voller Neugier und ohne jede Scheu. Frau Bock verspätete sich und die beiden Buben leisteten mir Gesellschaft. Ihr Deutsch war makellos. Und in diesem makellosen Deutsch erzählte mir der jüngere der beiden wie selbstverständlich seine Lebensgeschichte. Dass er mit Oma und Opa hier wohne, hier bei Frau Bock. Oma sei Russin, Opa Tschetschene. Die Mama sei auch da. Und der Papa? Der nicht, sagt der Kleine lakonisch. Den kenne er gar nicht. Der sei schon verschwunden, bevor er geboren worden sei. Später gesellte sich die Großmutter des Buben zu uns und erklärte. Bei einer Säuberung sei ihr tschetschenischer Schwiegersohn mitgenommen worden. Seither wüssten sie nichts mehr von ihm, deshalb hätten sie das Land verlassen, sich bis Österreich durchgeschlagen. Trotzdem wolle man sie jetzt zurück schicken. Obwohl sie mit dieser Geschichte im Hintergrund in Gefahr seien – ganz zu schweigen davon, dass die zwei Buben dort in Grosny wohl kaum eine Zukunft hätten. Als Söhne von einem, der in Verdacht geraten war und verschwunden ist. Wie ihr Leben weitergehen solle wüsste sie nicht, sagt sie auch, ihr Mann leide unter schweren Depressionen, die Tochter habe Angst um ihre Söhne. Das Geld reiche nicht, die Kinder müssten zu Fuß in die ziemlich weit entfernt liegende Schule gehen – in der sie übrigens zu den Besten gehörten. Helfen, sagt die Frau auch, helfen könne nur Frau Bock.

Wenige Tage später lese ich in der Zeitung von der Auflösung zweier Flüchtlingsunterkünfte. Der Staat wolle diese nicht weiter betreuen. Und ich lese, dass man das Kardinal-König-Haus zum Schubhaftzentrum umfunktionierte hat und denke, dass man dann wohl auch den Namen ändern muss. Weil Kardinal König dem niemals zugestimmt hätte.

Ich lese auch, dass eine neuerliche Verschärfung des Asylrechtes demnächst in Kraft tritt. Weil die Schubhaft der Komani-Zwillinge zu viel Aufsehen erregt hat – so erkläre ich es mir zumindest – sollen künftig die Eltern dafür verantwortlich sein, dass Kinder ins Gefängnis kommen. Die müssen nämlich künftig entscheiden, ob sie ihre Kinder mit in die Schubhaft nehmen, oder sich von ihnen trennen. Die Kinder kämen dann eben in ein Kinderheim.

Ich denke an meine eigenen Kinder und kann nicht fassen, dass man eine so sadistische Regelung tatsächlich gesetzlich verankern will. Wie sollen Eltern eine solche Entscheidung treffen? Kinder, die ohnehin schon eine Flucht und traumatisierende Trennungen hinter sich haben, entweder noch weiter traumatisieren, indem man sie auch noch von ihren Eltern trennt, oder indem man sie einsperrt? Ich hätte mich für das Gefängnis entschieden, wenn ich vor diese Alternative gestellt worden wäre. Nie im Leben hätte ich meine Kinder in solch einer schwierigen Lage fremden Menschen übergeben wollen. Denke ich.

Und die Tatsache, dass bald schon Kinder ab 14 Jahren in Schubhaft genommen werden dürfen? Auch wenn sie alleine reisen, gerade wenn sie alleine reisen? Wer schützt sie? Wer bewahrt sie vor Unrecht und Missbrauch?

Dieses Land ist ein reiches Land. Ein Land, das seit vielen Jahren im Frieden lebt. Ein Land, das eine mehr als schwierige, brutale Geschichte vermeintlich weit hinter sich gelassen hat. Ein Land, das aber – so scheint es mir manchmal – auch die Erinnerung an all das Unrecht, dass viele seiner Bürger mitbegangen haben, all zu weit hinter sich gelassen hat.

Ein Land aber auch, in dem die einen, die Politiker, die, die den direkten Kontakt zu jenen Hilfesuchenden, die bei uns mit so viel Misstrauen empfangen werden, nie gesucht haben, immer neue Methoden finden, um eben jene Hilfesuchenden nicht aufnehmen zu müssen. Und in dem es auch viele andere gibt. Menschen, die sich um fünf Uhr früh vor einer Wohnung efinden, aus der eine kleine Familie abgeführt werden soll. Menschen, die sich anfreunden und verstehen lernen. Verstehen, welche Schicksale hinter den dünnen Worten in Amtsdeutsch abgefasster ablehnender Asylbescheide stehen. Menschen, die helfen wollen und helfen können – und oft auch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, angesichts einer kalten staatlichen Maschinerie, die sich an Buchstaben hält, um den Mensch hinter diesen Buchstaben nicht zu sehen. Menschen, die nicht bereit sind zu akzeptieren, dass der Staat nur ein Ziel zu haben scheint: so viele Hilfesuchende wie möglich abzuweisen. Menschen, die meinen, dass es auch anders ginge. Indem man – zum Beispiel - nicht jeden, der an unsere Türe klopft und um Hilfe bittet, im besten Fall verdächtigt, „sich nur ins gemachte Bett legen zu wollen“ und ihm im schlechtesten unterstellt, mit dunklen, bösen Absichten hier her gekommen zu sein. Indem man sich die Lebensgeschichten anhört und zu verstehen versucht. Indem man nicht nur mit der eng begrenzten Brille der eigenen Lebenserfahrung abwägt, was Wahrheit und was Lüge ist. Indem man zu verstehen versucht, wo die Lüge Schutz ist und wo die Wahrheit nur all zu oft Gefahr bedeutet. Eine schwierige Aufgabe, ich weiß. Und doch gibt es in diesem Land so viele, die dazu bereit sind. Nur eben nicht dort, wo die Entscheidungen getroffen werden. Entscheidungen, die nur all zu oft Leben oder Tod bedeuten können. Mag durchaus sein, dass hier immer und strikt nach dem Buchstaben des Gesetzes gehandelt wird. Mag durchaus sein. Aber dann heißt es, die Gesetze zu ändern, der heutigen Realität anzupassen, sie so umzuformulieren, dass sie für die Menschen und nicht gegen die Menschen wirken und eingesetzt werden. Eine lohnende Aufgabe wäre das für Politiker, die sich tatsächlich als solche verstehen. Eine lohnende Aufgabe, weil dies auch die Menschen in diesem Land so wichtig wäre, für die die Politiker in diesem Land zu sprechen vorgeben. So viele

verlieren Freunde, nahe Menschen, geliebte Menschen Tag für Tag dank jener Gesetze, die – um meine russischen Freunde zu zitieren – manchmal tatsächlich nicht für Menschen gemacht zu sein scheinen.